

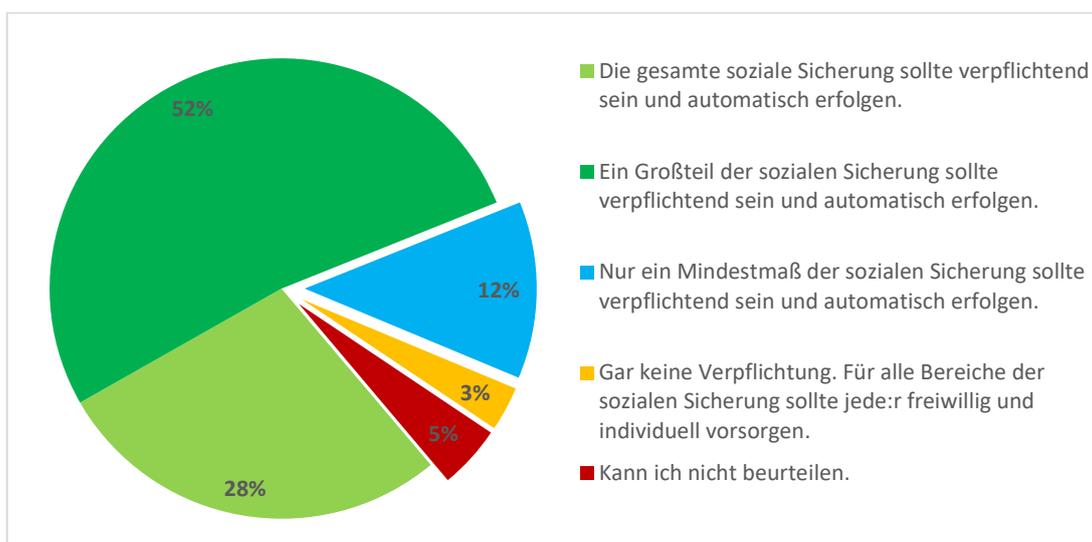
SozialstaatsRadar 2025: Zentrale Ergebnisse

Um grundlegende Positionen zum Sozialstaat insgesamt und zu den drei großen Feldern Gesundheit, Pflege und Rente zu erheben, haben der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Arbeitskammer des Saarlandes eine umfangreiche Befragung in Auftrag gegeben. Diese wurde vom 25. November bis zum 10. Dezember 2024 vom uzbonn anhand einer systematischen Quotenstichprobe durchgeführt, die die Ansichten der Wohnbevölkerung in Deutschland im Alter ab 18 Jahren zuverlässig abbildet. Insgesamt wurden 3.000 Personen per Online-Interview befragt und so gewichtet, dass die Resultate die tatsächliche Verteilung – etwa nach Alter, Geschlecht oder Region – repräsentieren. Im Folgenden stellen wir die zentralen Ergebnisse dieser Erhebung vor.

Staat statt privat – die Menschen wollen eine verbindliche soziale Sicherung

Die Menschen in Deutschland wollen eine verbindliche und dabei umfassende soziale Sicherung! Eine überwältigende Mehrheit von 80 % der Befragten erwartet, dass mindestens ein Großteil der sozialen Sicherung verpflichtend erfolgt – beispielsweise automatisch wegen einer Beschäftigung. Dass nur ein Mindestmaß an sozialem Schutz obligatorisch erfolgt, wünschen nur etwa 12 %, und lediglich 3 % bevorzugen vollkommene Eigenverantwortung.

Abbildung 1: Soziale Sicherung soll verbindlich sein



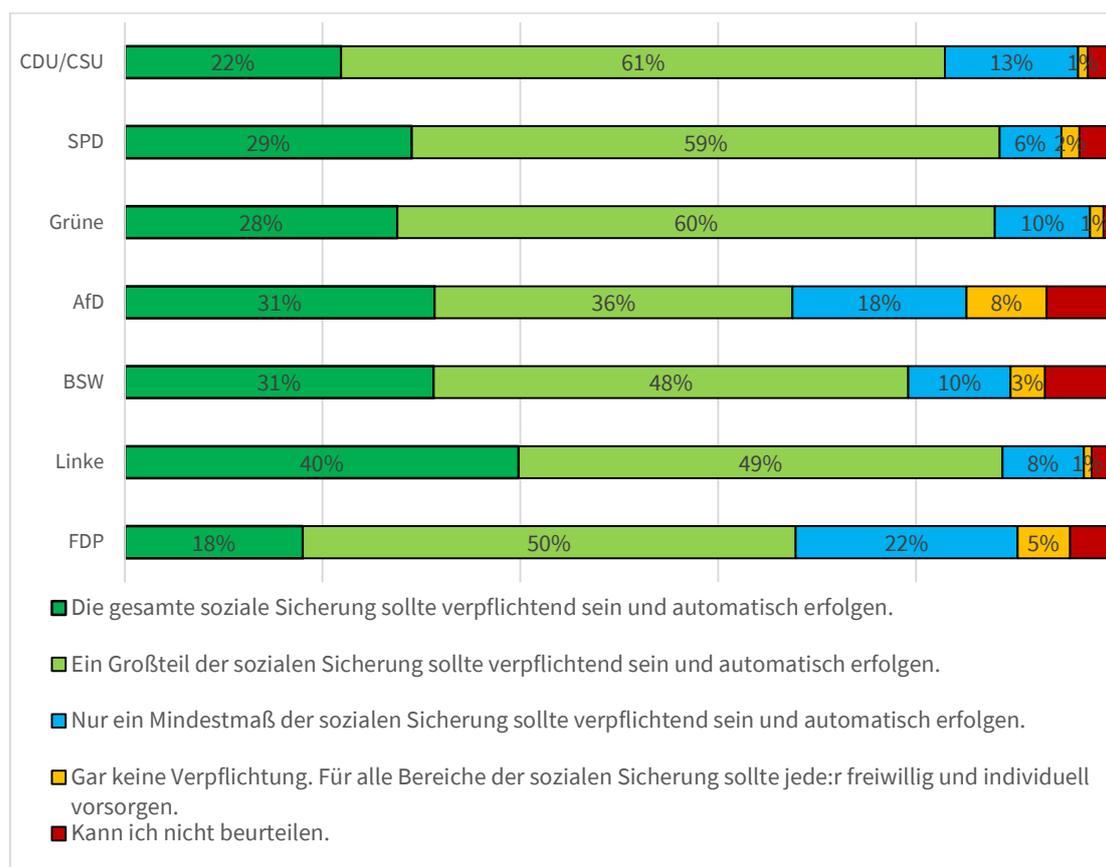
Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf alle befragten Personen. Die Frage lautete: Was meinen Sie, wie sollte die soziale Sicherung allgemein am besten organisiert sein? Die Antwortmöglichkeiten stehen in der Grafik. Anteil mit Antwort „Keine Angaben“ = 0.

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

Gleichzeitig hat die Befragung ergeben, dass die Menschen dem Staat als Leistungserbringer deutlich mehr zutrauen als privaten Anbietern – dies gilt für rund zwei Drittel aller Befragten. Wer eine größtenteils automatische Absicherung will, will dies regelmäßig durch öffentliche Systeme bereitgestellt wissen (über 70 %, rund 12 % sehen das anders, Rest „keine Meinung“).

Bei der Parteipräferenz („Welche Partei würden Sie aktuell bei der Wahl zum Bundestag wählen?“) zeigen sich zwar deutliche Unterschiede, aber immer sprechen sich klare Mehrheiten für eine umfassende verpflichtende Absicherung aus: Unter Anhänger*innen von SPD, Grünen und Linken sind jeweils über 88 %, bei jenen der CDU/CSU noch 83 % und unter BSW-Anhänger*innen knapp 80 % für einen zum Großteil oder vollständig verpflichtenden Sozialstaat. Bei den Anhänger*innen von FDP beziehungsweise AfD sind dies deutlich weniger, aber immer noch Mehrheiten, nämlich etwa 68 %.

Abbildung 2: Verbindliche soziale Sicherung über alle Parteigrenzen erwünscht



Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf alle befragten Personen. Kombiniert ist die Frage „Was meinen Sie, wie sollte die soziale Sicherung allgemein am besten organisiert sein?“ mit der Frage „Welche der folgenden Parteien würden Sie aktuell bei der Wahl zum Bundestag wählen?“ Die Antwortmöglichkeiten stehen in der Grafik. Ohne Anteil mit Antworten „Keine Partei“, „Nicht wahlberechtigt“ und „Keine Angaben“ bei der Parteipräferenz von 10,3 %.

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

Eine eindeutig libertäre Position – gar keine Verpflichtung und damit keinen Sozialstaat – vertritt jede*r zwölfte AfD-Anhänger*in (8 %). Selbst bei FDP-Anhänger*innen ist dies seltener verbreitet

(5 %). Beim BSW vertreten etwa 3 % diese Meinung, während es bei den anderen Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke) meist deutlich unter 2 % der Anhänger*innen so sehen. Innerhalb der AfD-Wählenden gibt es damit eine Meinungsdifferenz, die deutlich größer ist als bei allen anderen Parteien: Fast ein Drittel will einen vollständig verpflichtenden Sozialstaat, demgegenüber lehnt ein Zwöftel jede Verpflichtung ab.

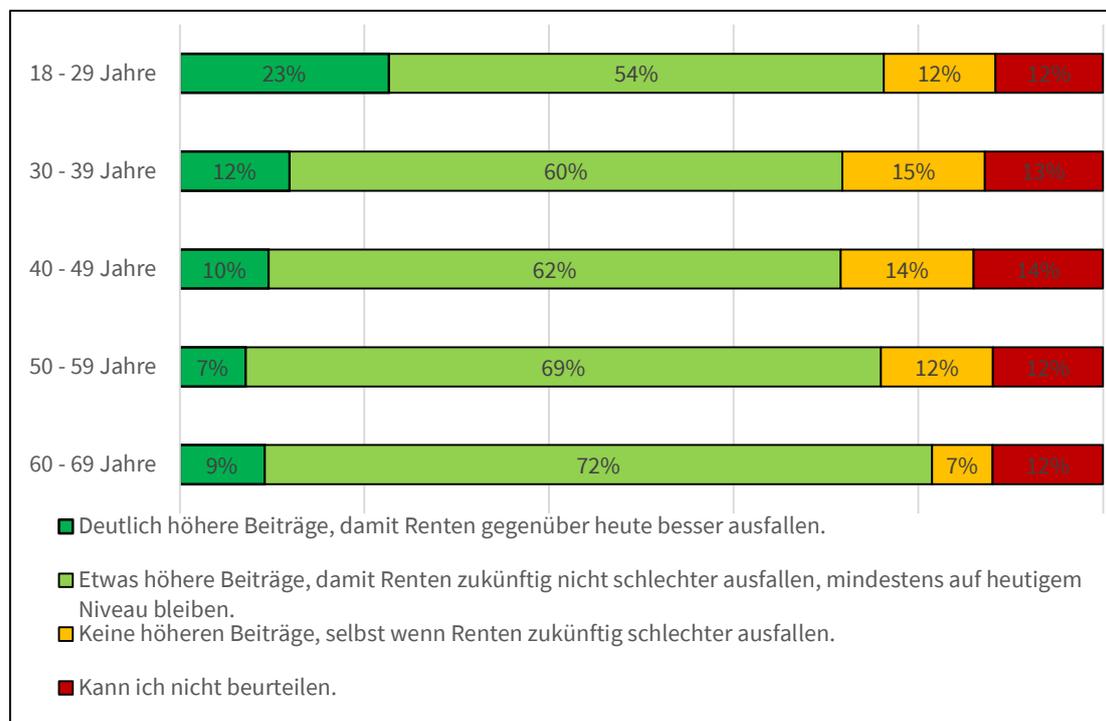
Auch beim bevorzugten Leistungserbringer (Staat oder Privatwirtschaft) gibt es zwar Unterschiede nach Parteipräferenz, stets zeigen sich aber klare Mehrheiten für öffentliche Anbieter. Im Bereich Alterssicherung sind es immerhin schon 50 % der FDP-Anhänger*innen, die diese lieber in öffentlicher Hand sehen, und diese Position findet sich unter den potenziellen Wähler*innen anderer Parteien deutlich häufiger: 60 % (AfD), 65 % (BSW), 66 % (CDU/CSU), 74 % (Linke), 76 % (Grüne), 77 % (SPD).

Mehr statt weniger Geld – die Menschen wollen höhere Beiträge für die bestehende soziale Sicherung leisten

Eine klare Mehrheit der sozialversichert Beschäftigten (inklusive der Auszubildenden) ist durch alle Gruppen hinweg **bereit, höhere Beiträge zu leisten, um sozialstaatliche Leistungen in den bestehenden Systemen mindestens zu erhalten**. Hinsichtlich der Rente wären 63 % zu etwas höheren Beiträgen bereit, wenn die Leistungen dadurch mindestens auf dem bisherigen Niveau bleiben, weitere 12 % sogar zu deutlich höheren Beiträgen für bessere Leistungen. In den Feldern Gesundheit und Pflege äußerten sich 63 %/11 % bzw. 63 %/12 % entsprechend. **Einschnitte** in den aktuellen Leistungskatalog, die oft unter Verweis auf die finanzielle Belastung der Versicherten vorgeschlagen werden, **werden also klar abgelehnt!**

Die Bereitschaft zu höheren Beiträgen **gilt gerade auch für Jüngere**. Allen Behauptungen zum Trotz, diese Gruppe werde von der Politik benachteiligt und habe sich innerlich vom Rentensystem verabschiedet, erklärten beispielsweise 23 % der Arbeitnehmer*innen unter 30 Jahren, sogar zu deutlich höheren Rentenbeiträgen bereit zu sein. Das sind fast doppelt so viele wie unter allen Befragten. **Von einem rentenpolitischen Generationenkonflikt und einer „inneren Kündigung“ der jüngeren Generationen kann offensichtlich keine Rede sein.**

Abbildung 3: Höhere Beiträge für bestehende oder bessere Leistung



Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf die befragten Personen, die bei der Frage „Wie ist Ihre aktuelle Beschäftigungssituation?“ geantwortet haben: Sozialversicherungspflichtig beschäftigt bzw. Auszubildende. Gefragt wurde: „Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für das gesetzliche Rentensystem. Die Menschen werden älter und es gibt mehr Menschen, die Rente bekommen, als dies früher der Fall war. Welcher dieser Maßnahmen können Sie am ehesten zustimmen?“ Die Antwortmöglichkeiten sind in der Grafik ersichtlich und nach Altersgruppen getrennt ausgewiesen. Der Anteil mit Antwort „Keine Angaben“ = 0.

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

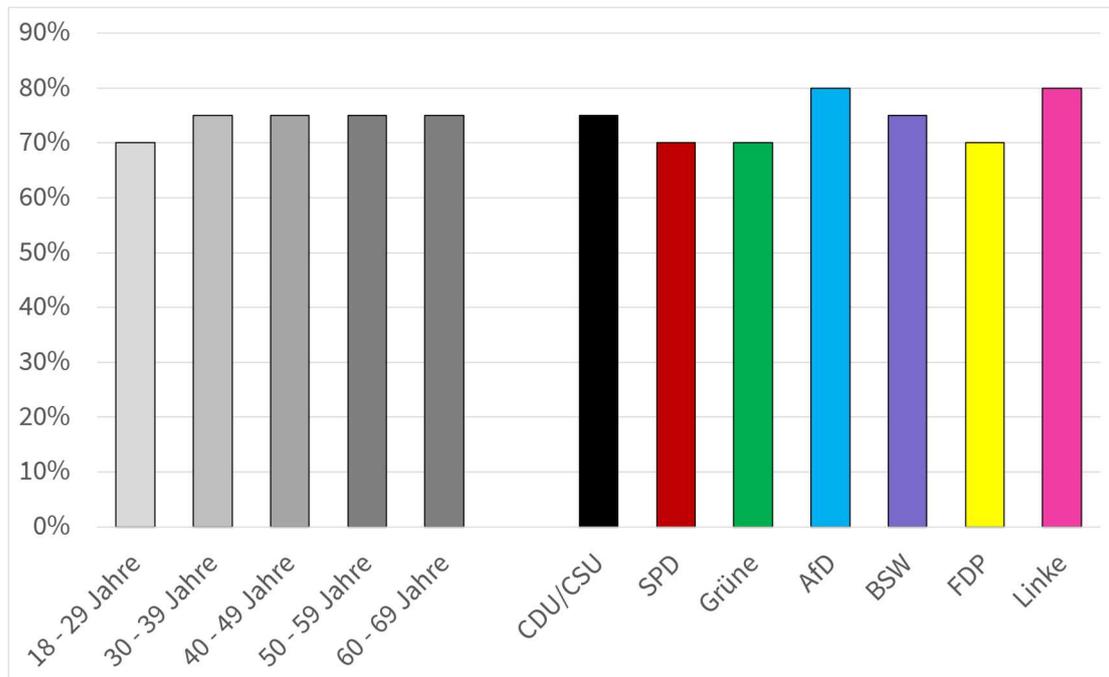
Die Bereitschaft, mindestens etwas höhere Beiträge zu zahlen, **schwankt zwar etwas nach Parteipräferenz**, wird **aber in allen Lagern von absoluten Mehrheiten** geäußert: Sie reicht von 59 % der Beschäftigten, die aktuell die AfD wählen würden, im Bereich Gesundheit, bis zu 86 % der SPD-nahen Arbeitnehmer*innen im Bereich Pflege. Die mit Abstand stärkste Ablehnung höherer Beiträge, selbst wenn dadurch Leistungen schlechter ausfallen, ergab sich mit 29 % im Bereich Rente unter potenziellen FDP-Wähler*innen. Unter Arbeitnehmer*innen mit Unionspräferenz lehnen es lediglich 11 % ausdrücklich ab, höhere Rentenbeiträge für den Erhalt oder die Anhebung des Rentenniveaus zu zahlen.

Hinter der grundsätzlichen Bereitschaft zu höheren Sozialversicherungsbeiträgen stehen **handfeste Erwartungen an einen** nicht nur breit aufgestellten, sondern auch **leistungsstarken Sozialstaat**. Dass die Bevölkerung sehr bewusst hohe Sicherheitsstandards verlangt und dafür auch mehr Geld in die Hand nehmen würde, zeigt sich beispielsweise ganz konkret an zwei Forderungen:

Bereich Alterssicherung: Die Bevölkerung hält im Mittel (Median) eine **Nettoersatzrate von 75 % für die Renten** (inklusive betrieblicher und privater Renten) für angemessen, die Hälfte wünscht also noch mehr. Konkret bedeutet dies, dass die Nettorenten drei Viertel des vorher erreichten Nettoeinkommens erreichen sollen (jeweils nach Abzug aller Beiträge und Steuern). Zur Erinnerung: Im gesetzlichen Rentensystem liegt dieser Wert aktuell unter 60 % und bezieht sich auf den Durchschnitt eines jahrzehntelangen Arbeitslebens und nicht auf das meist höhere letzte

Einkommen. Es ist also eine große Versorgungslücke zu schließen, um den Erwartungen der Menschen gerecht zu werden. Mit betrieblichen und/oder privaten Renten gelingt dies jedenfalls bislang oft nicht. Die erwartete Nettoersatzrate im Alter ist unter den verschiedenen Alters- und Wählergruppen im Übrigen recht stabil – die Bevölkerung ist sich weitgehend einig:

Abbildung 4: Hohe Ersatzrate bei allen Parteien und Altersgruppen erwünscht



Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf alle befragten Personen. Die Frage lautete: „Was meinen Sie, wie viel Prozent des vorherigen Netto-Einkommens sollte eine Netto-Rente (nach Abzügen) mindestens ausmachen?“ Angegeben ist der Medianwert. Anteil mit Antwort „Keine Angaben“ = 0. Diese sind nach Altersgruppe und der Parteipräferenz in der „Sonntagsfrage“ getrennt – ohne Angaben „Keine Partei“ und „Nicht wahlberechtigt“

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

Bereich Langzeitpflege: Aktuell leistet die Pflegeversicherung lediglich Fixbeträge, die restlichen Pflegekosten müssen Pflegebedürftige aus eigener Tasche zahlen. Dieses Prinzip befürworten allerdings nur 7 % der Befragten. 49 % sind für eine Umkehr (individuelle Fixbeträge, die Versicherung übernimmt den Rest), die oft als „Sockel-Spitze-Tausch“ bezeichnet wird. Weitere 33 % wünschen gar eine volle **Übernahme der Pflegekosten durch die Versicherung**.

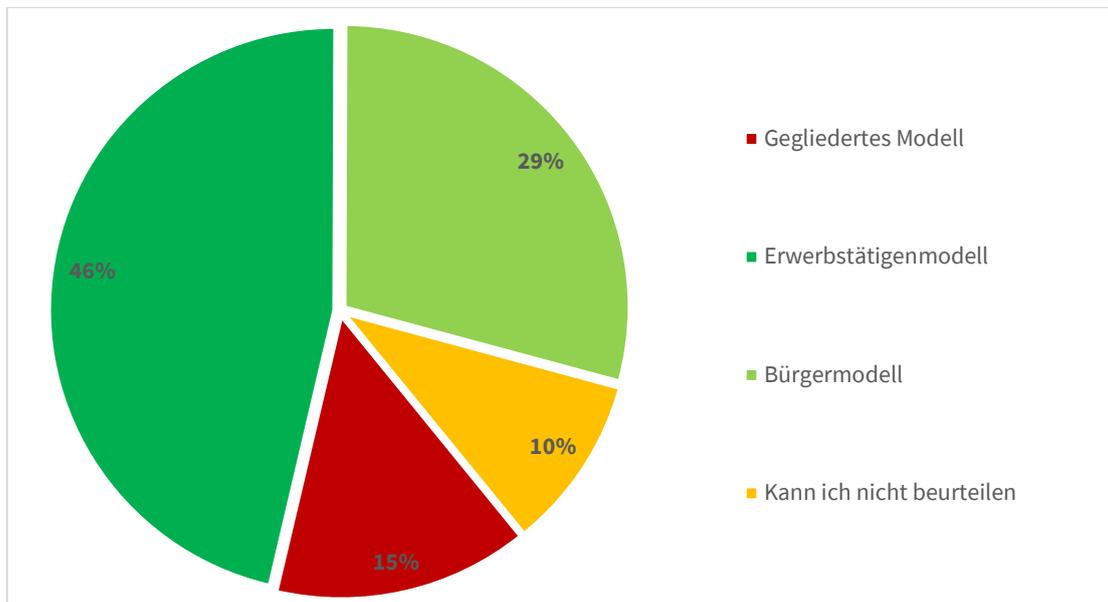
Für die Versorgung in den Bereichen Gesundheit und Pflege wird im Übrigen auch ein deutlich erhöhter Anteil aus Steuermitteln gefordert: Während der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung aktuell nur noch knapp 5 % der Einnahmen beträgt und in der Pflegeversicherung sogar ganz ausgesetzt ist, sollten nach dem Willen der Befragten idealerweise fast 40 % dieser Ausgaben mit allgemein aufgebrachtten Steuermitteln bestritten werden.

Starker statt schwacher Ausgleich – die Menschen wollen eine solidarische soziale Sicherung

Ein Großteil der Bürger*innen spricht sich für eine **solidarische soziale Sicherung** aus. Dies betrifft sowohl eine gerechtere Finanzierung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung als auch die Bereitschaft zum Ausgleich innerhalb dieser Systeme zugunsten von Personen mit geringem Einkommen. Der Wunsch nach solidarischer Absicherung äußert sich unter anderem in folgenden Befunden:

Drei Viertel der Bürger*innen plädieren für eine **Ausweitung des Versichertenkreises in der Rentenversicherung**. Nur 14 % präferieren das bestehende gegliederte Modell, in dem die meisten, aber nicht alle Erwerbstätigen in verschiedenen Systemen abgesichert sind. 46 % sind hingegen für eine allgemeine Erwerbstätigenrentenversicherung unter Einbezug aller Erwerbstätigen, also auch von Selbstständigen und Beamt*innen. Weitere 29 % plädieren für ein noch umfassenderes Bürgermodell, in dem alle Einkommensarten, also auch Kapitaleinkünfte, von allen Wohnbürger*innen zur Finanzierung herangezogen werden.

Abbildung 5: Große Zustimmung zu breiterem Versichertenkreis in der Rente



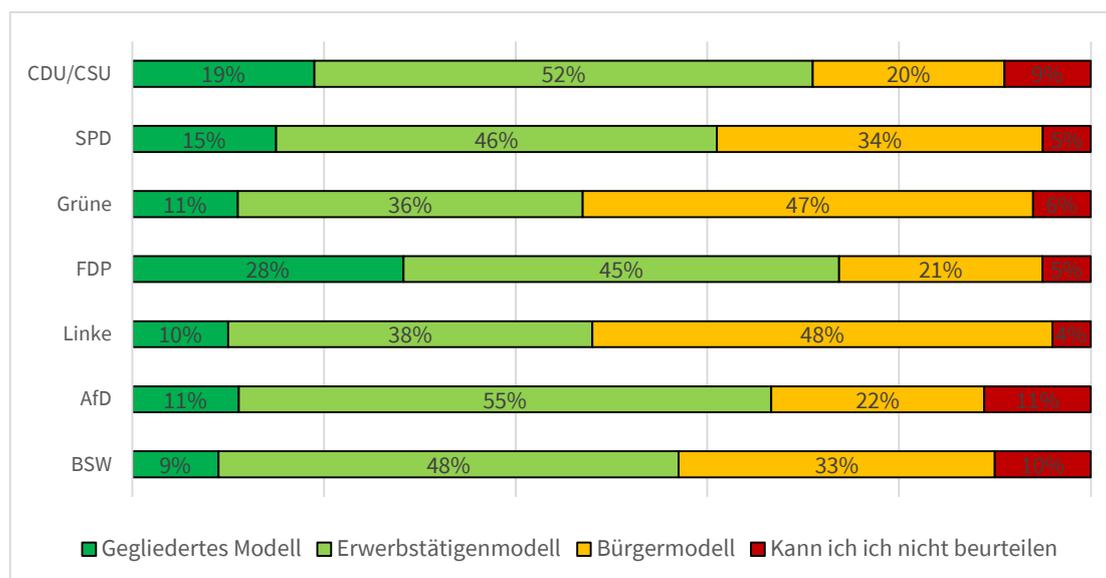
Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf alle befragten Personen. Die Frage lautete: „Wie sollte das Rentensystem in Deutschland am besten organisiert sein?“ Die Antwortmöglichkeiten sind

- **Gegliedertes Modell:** In diesem Modell gibt es verschiedene Systeme für verschiedene Gruppen. Arbeiter*innen und Angestellte, Beamt*innen, Politiker*innen und Selbstständige haben jeweils ihr eigenes System zur Altersvorsorge (zum Beispiel gesetzliche Rentenversicherung, private Rentenversicherung und Pensionskassen). Einige Gruppen bekommen ihre Altersversorgung auch aus Steuergeldern.
- **Erwerbstätigenmodell:** Hier zahlen alle Erwerbstätigen (Arbeiter*innen und Angestellte, Beamt*innen, Politiker*innen und Selbstständige) in ein gemeinsames System ein.
- **Bürgermodell:** In diesem Modell zahlen alle Erwachsenen in ein gemeinsames System ein, egal woher ihr Einkommen kommt. Das bedeutet, dass Einkommen aus Arbeit genauso berücksichtigt wird wie alle anderen Einkünfte, zum Beispiel aus Mieten, Aktiengewinnen und anderen Quellen. Wer keine eigenen Einkünfte hat, ist auch ohne Beitrag abgesichert.
- Kann ich nicht beurteilen.

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

Gegenwärtig sind nur etwa ein Viertel aller Selbstständigen in Deutschland zur Altersvorsorge verpflichtet. Dazu gehören etwa Angehörige freier Berufe in Versorgungswerken. In der ablaufenden Legislaturperiode war eine grundsätzliche Vorsorgeverpflichtung für Selbstständige geplant, wurde aber erneut nicht umgesetzt. Die selbstständig Tätigen äußern in der Sache eine klare Präferenz: Wie die gesamte Bevölkerung wünschen drei Viertel mindestens ein einheitliches Erwerbstätigenmodell für die Altersvorsorge, wollen also eine gemeinsame Rentenversicherung für alle Arbeitenden. Klare Mehrheiten für eine Abkehr vom bestehenden gegliederten und dabei lückenhaften System gibt es unter Anhänger*innen aller Parteien: 66 % (FDP), 72 % (CDU/CSU), 78 % (AfD), 80 % (SPD), 81 % (BSW), 83 % (Grüne), 86 % (Linke):

Abbildung 6: Zustimmung zu breiterem Versichertenkreis über alle Parteigrenzen hinweg



Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf alle befragten Personen. Die Frage lautete: „Wie sollte das Rentensystem in Deutschland am besten organisiert sein?“ Die Antwortmöglichkeiten sind

- Gegliedertes Modell: In diesem Modell gibt es verschiedene Systeme für verschiedene Gruppen. Arbeiter*innen und Angestellte, Beamt*innen, Politiker*innen und Selbstständige haben jeweils ihr eigenes System zur Altersvorsorge (zum Beispiel gesetzliche Rentenversicherung, private Rentenversicherung und Pensionskassen). Einige Gruppen bekommen ihre Altersversorgung auch aus Steuergeldern.
- Erwerbstätigenmodell: Hier zahlen alle Erwerbstätigen (Arbeiter*innen und Angestellte, Beamt*innen, Politiker*innen und Selbstständige) in ein gemeinsames System ein.
- Bürgermodell: In diesem Modell zahlen alle Erwachsenen in ein gemeinsames System ein, egal woher ihr Einkommen kommt. Das bedeutet, dass Einkommen aus Arbeit genauso berücksichtigt wird wie alle anderen Einkünfte, zum Beispiel aus Mieten, Aktiengewinnen und anderen Quellen. Wer keine eigenen Einkünfte hat, ist auch ohne Beitrag abgesichert.
- Kann ich nicht beurteilen.

SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar
AK Bremen, AK Saarland, DGB

Dass in der bisherigen Rentenversicherung (und vergleichbaren Vorsorgesystemen) Ansprüche grundsätzlich mit dem versicherten Einkommen zusammenhängen, es aber durchaus einen wirksamen sozialen Ausgleich gibt, passt recht gut zum erhobenen Meinungsbild. Zwar meinen 41 % der Befragten, dass die eigenen Zahlungen in die Rentenkasse bei der eigenen Rentenhöhe in vollem Umfang berücksichtigt werden sollten. 43 % befürworten aber auch einen gewissen Ausgleich innerhalb des Rentensystems zur Vermeidung von Altersarmut, und weitere 11 % der Bürger*innen plädieren sogar für gleiche Renten für alle unabhängig von den vorherigen Einzahlungen. Zur besseren Bekämpfung von Altersarmut verlangen die Menschen in Deutschland im Übrigen auch die Einführung einer echten **Mindestrente**, für die durchschnittlich ein Wert von 1.327 Euro im Monat genannt wurde.

Betrachtet man die Bereiche Gesundheit und Pflege, so will mehr als die Hälfte der Bürger*innen (52 %) eine **Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der Kranken- und Pflegeversicherung**, die gegenwärtig bei 5.512,50 Euro brutto pro Monat liegt. Ab diesem Einkommen werden keine weiteren Beiträge mehr fällig, Gutverdiener*innen tragen dann also nicht mehr nach ihrem wirtschaftlichen Leistungsvermögen bei. Nur weniger als ein Viertel möchte die BBG in der jetzigen Form beibehalten. Dabei sind etwa 45 % der gesetzlich Versicherten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 4.000 Euro oder mehr für die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze – also ein erheblicher Teil des Personenkreises, der tendenziell davon betroffen wäre. Betrachtet man die Parteipräferenz, so zeigt sich, dass Anhänger*innen aller Parteien – mit Ausnahme der FDP – mehrheitlich für die Abschaffung der BBG sind.

Verantwortlich

Katrin Münch-Nebel
Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Postfach 11 03 72, 10833 Berlin
Keithstraße 1, 10787 Berlin
Telefon 030-24060-211
Telefax 030-24060-324